

DROHENDE 10 JAHRES ZULASSUNG DES PESTIZIDS GLYPHOSAT STOPPEN

**Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt steht in der
Verantwortung für den Schutz von Umwelt und Gesundheit**

**BUND Naturschutz fordert Ausstiegsszenarien aus der
Gifitanwendung in der Landwirtschaft**

Der Streit um die Verlängerung der Zulassung von Glyphosat geht in die nächste Runde. Am Aktionstag vor einer Woche wurden europaweit weitere 100.000 Unterschriften im Rahmen der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) Stoppt Glyphosat gesammelt. Seit Februar, also innerhalb von 4 Monaten, wurden bereits 750.000 Unterschriften gesammelt. Damit nähert sich die EBI ihrem Ziel, 1 Million Unterschriften zu sammeln und diese dann an die EU Kommission zu übergeben, die dann gesetzlich verpflichtet ist, die Forderungen der Bürger*innen zu prüfen. Doch schon jetzt will die EU Kommission auf Vorschlag von Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis die Zulassung um weitere zehn Jahre verlängern. Deutschland hat im zuständigen Ausschuss der EU-Kommission für Pflanzen, Tiere, Lebens- und Futtermittel, der Mitte Juni tagen soll, eine Schlüsselrolle. Es ist EU-Berichterstatteerland im Wiedertzulassungsprozess für die Glyphosatzulassung. Die Mitgliedstaaten werden sich am Abstimmungsverhalten von D orientieren. **„Minister Schmidt muss sich gegen die Wiedertzulassung von Glyphosat wenden, denn das Herbizid steht unter dem Verdacht, krebserregend zu sein, außerdem gefährdet es die Umwelt und reduziert die Artenvielfalt“, fordert Hubert Weiger, BN Landesvorsitzender, und weiter: „Es muss kritisch geprüft werden, ob Studien, die von Monsanto vorgelegt wurden, um die Gefahren von Glyphosat kleinzureden, wirklich stichhaltig sind“.** Die kürzlich auch vom BUND im März 2017 mit veröffentlichte Studie: „Glyphosat und Krebs, Gekaufte Wissenschaft“, belegt entsprechende Verdachtsmomente. Das EU Parlament kann ebenfalls noch handeln, und zwar über einen Sonderausschuss, der untersucht, ob durch potentiell von Monsanto gefälschte Studien Bewertungen von EU-Behörden beeinflusst wurden. Der BN begrüßt eine entsprechende Initiative der bayerischen SPD EU Abgeordneten Maria Noichl.

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg

23. Mai 2017

PM 052-17/LFG

Landwirtschaft

„Zum Schutz der Anwender und der Bevölkerung sowie der Umwelt muss Minister Schmidt endlich auch ein Szenario für den Ausstieg aus der Pestizidanwendung für Landwirtschaft, Kommunen, die Bahn und Privatanwendung umsetzen“, so Marion Ruppenar, BN

Agrarreferentin. In seiner Position „Bäuerliche Landwirtschaft, Bayern braucht Zukunftsperspektiven“, hat der BN einen Maßnahmenkatalog zur Pestizidminimierung vorgelegt. (Anlage 2). Gefordert wird u.a. die Verschärfung der Zulassungsverfahren für Pestizide und das dauerhafte Verbot bienenschädigender Insektizide der Gruppe der Neonikotinoide.

Auch die Kommunen müssen handeln und den Glyphosateinsatz stoppen sowie mehr unternehmen, um die Vielfalt im innerstädtischen Bereich zu fördern. Wie das geht zeigen die Aktionstipps für **bienenfreundliche Projekte in Kommunen** des BUND:

www.bund.net/pestizidfreie_kommune

Gemeinsam mit der Aurelia Stiftung hat der BUND auf die aktuelle Gefährdungssituation von Honig- und Wildbienen durch Pestizidanwendung hingewiesen, und einen **Nationalen Aktionsplan** vorgelegt. Um die Bestäuber besser vor Pestiziden zu schützen und damit auch die Nahrungsketten im Naturhaushalt zu sichern, müssen neben den Maßnahmen zur Pestizidreduktion auch dringend die noch vorhandenen Lebensräume und Nahrungsangebote für Insekten und Wildtiere gesichert und wieder aufgebaut werden. Streuobstwiesen, artenreiche extensiv genutzte Wiesen, Raine und Bracheflächen müssen erhalten werden. Die Finanzierung von Agrarumweltmaßnahmen für Landwirte, die sich daran beteiligen wollen, muss ebenfalls gesichert werden, z.B. auch durch Umschichtungen im EU Agrarhaushalt in den kommenden Jahren.

Glyphosatanwendung stoppen

Glyphosat tötet als Totalherbizid alle Pflanzen. Es zerstört damit Lebensräume von Insekten und Vögeln und trägt so zum Artensterben bei. In Deutschland werden ca. 5000 - 6000 Tonnen an Glyphosatzirkstoff eingesetzt. Auf ca. 40 % aller Ackerflächen in Deutschland wird es eingesetzt. (siehe auch Anlage 1) Auch Grünland wird damit teilweise abgespritzt, und auch die Ausbringung bei Getreide kurz vor der Ernte, die sog. Sikkation, ist nicht völlig verboten.

Nach Angaben des Julius Kühne Instituts (JKI-Studie 451: Folgenabschätzung für die Landwirtschaft zum teilweisen oder

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg

23. Mai 2017

PM 052-17/LFG

Landwirtschaft

vollständigen Verzicht auf die Anwendung von glyphosathaltigen Herbiziden in Deutschland. Nov. 2015.) wird der Großteil der Mengen in der Landwirtschaft eingesetzt. Daneben werden hierzulande in Haus- und Kleingärten ca. 90 Tonnen, bei der Bahn ca. 70 Tonnen, im Apfelanbau zwischen 70 und 90 Tonnen und im Weinbau zwischen 70 und 90 Tonnen Glyphosat ausgebracht.

33 Herbizide mit Wirkstoff Glyphosat sind zugelassen, vermarktet wird es unter 95 Handelsbezeichnungen. Davon sind 16 (52 Handelsbezeichnungen) für Haus- und Kleingärten zugelassen

Die Menschen in Deutschland sind einer Dauerbelastung mit diesem Stoff ausgesetzt. Das belegen beispielhaft zwei Studien zu Glyphosat im Urin. So hatten 70 Prozent der im Jahr 2013 vom BUND in Deutschland getesteten, sowie 44 Prozent der europaweit getesteten Personen Glyphosat im Urin. Einer im Januar 2016 vom UBA veröffentlichten Studie über den Zeitraum von 2001 bis 2015 zufolge waren es sogar bis zu 60 Prozent der ProbandInnen.

Für Rückfragen:

Marion Ruppenner, BN Referentin für Landwirtschaft,
Tel. 0911/81 87 8-20,
E-Mail: marion.ruppenner@bund-naturschutz.de

Links:

<https://www.bund-naturschutz.de/aktionen/buergerinitiative-gegen-glyphosat/glyphosat-und-krebs-gekaufte-wissenschaft.html>

Anlage 1:

Glyphosateinsatz in der Landwirtschaft in Deutschland

In den letzten Jahren rund 5000 bis 6000 Tonnen Gesamteinsatz

2014 auf ca. 37 % der Ackerfläche eingesetzt, auf knapp unter 4 Millionen Hektar

15 % der befragten Landwirte setzen es nie ein

Für was wird Glyphosat in der Landwirtschaft angewandt?

Vor der Aussaat im Frühjahr, um Felder vom ‚Unkraut‘ zu befreien auf ca. 12,7 % der Ackerfläche (Anteil: 33,7 %)

Sikkation zur Ernteerleichterung auf ca. 2,2 % der Ackerfläche (Anteil: 6,6 %), Teilverbot seit Mai 2014

Stoppelbearbeitung nach der Ernte im Herbst auf ca. 22,2 % der Ackerfläche (Anteil: 59,9 %)

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Nürnberg

23. Mai 2017

PM 052-17/LFG

Landwirtschaft

(M. Schulte et al (Universität Göttingen), Befragung von 2026 Landwirten im Winter 2014: Glyphosat: So setzen es Landwirte wirklich ein.“ topagar 9/2015)

Anlage 2

Pestizidausbringung in der Landwirtschaft verhindern:

Forderungen aus der BN Position Bäuerliche Landwirtschaft, Bayern braucht Zukunftsperspektiven (S.58-59)

<https://www.bund-naturschutz.de/landwirtschaft/agrarpolitik.html>

Um den Einsatz giftiger, umwelt- und gesundheitsschädlicher Pestizide in der Landwirtschaft zu minimieren, schlägt der BUND Naturschutz die folgenden Maßnahmen vor:

- eine Überprüfung und Verschärfung der Zulassungsverfahren für Pestizide, insbesondere durch Offenlegung der Unterlagen, die zur Zulassung der Pestizide geführt haben, sowie die Erfassung der Wechselwirkungen von gängigen Wirkstoffen, sowie Überprüfung des Abdampfverhaltens. Auch besonders empfindliche Organismen, wie Amphibien oder im Feld vorkommende Regenwürmer müssen im Zulassungsverfahren berücksichtigt werden
- ein Verbot aller bienengefährdender Pestizide, insbesondere ein langfristiges Totalverbot der bienengefährlichen Stoffgruppe der Neonicotinoide für alle Kulturen
- das Verbot leichtflüchtiger Pestizide, wie zum Beispiel Pendimethalin und Prosulfocarb, die von Wind und Thermik weiträumig verteilt werden und zu Rückständen führen.
- verstärkte staatliche Kontrollen des Einsatzes von Pestiziden und angemessene Sanktionen von Verstößen
- die Anlage von Gewässerrandstreifen an Ackerflächen in einer Breite von 10 bis 20 Metern
- verstärkte Forschung zu Alternativen der Pestizidanwendung, wie ökologische Selbstregulierungssysteme und biologischer Pflanzenschutz sowie Züchtung resistenter Sorten
- die Formulierung des Ziels eines „herbizidfreien Ackerbaus“ in Bayern bis zum Jahr 2025, auf Basis einer Beratungsoffensive für beikrautreduzierende Fruchtfolgen, für angepasste Bodenbearbeitung und für mechanische Beikrautregulierung.

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg

23. Mai 2017

PM 052-17/LFG

Landwirtschaft